

TAGESSPIEGEL ENERGIE & KLIMA BACKGROUND

Das Entscheider-Briefing für den Energie- und Klimasektor, 02.07.2021

Guten Tag Damen und Herren,

grüner als die Grünen und radikaler, vor allem beim Klimaschutz, will die „**Klimaliste Deutschland**“ sein. Sie entstand in den Kommunen, wuchs in die [Bundesländer](#), gründete sich im Juni auch auf [Bundesebene](#). Heute Vormittag will die Partei in Berlin ihre **deutschlandweiten Ambitionen** vorstellen.

Ein besonders leichtes Ziel bietet ihnen derzeit der Kanzlerkandidat der CDU. **Armin Laschets** schwarz-gelbe Koalition in Nordrhein-Westfalen hat gestern einen Mindestabstand von **1000 Metern** zwischen Windkraftanlagen und Siedlungen durchgedrückt, der nicht recht zum ebenfalls gestern beschlossenen **Klimaschutzgesetz** des Bundeslandes passen will. Florence Schulz beschreibt, wie Anspruch und Handeln sich in NRW voneinander entfernen.

Der **CO₂-Preis** im europäischen Emissionshandel hat gestern – wie so oft in den vergangenen Monaten – wieder eine **neue Rekordmarke** erreicht, er stieg über 58 Euro pro Tonne. Wird dadurch die **Kohlekraft** noch weiter aus dem Markt gedrängt? Mitnichten, wie Jakob Schlandt recherchiert hat. Denn die **Gaspreise** sind ebenfalls nach oben geschossen. Und auch die **Strompreise** sind so hoch wie seit vielen Jahren nicht mehr. Corona ist noch nicht vorbei, doch an den Energiemärkten hat sich schon jetzt eine **völlig neue Konstellation** gebildet.

Kompliziert wird's im europäischen Emissionshandel, wenn die EU ihre Ankündigung wahr macht, einen **CO₂-Zoll auf Importe** zu erheben. Können dann überhaupt noch **kostenlose CO₂-Zertifikate** zugeteilt werden wie bisher? Nein, sagt der niederländische EU-Abgeordnete Mohammed Chahim, das verstieße gegen die Regeln der **Welthandelsorganisation**. Seine und weitere interessante Ausführungen zum geplanten CO₂-Grenzausgleichsmechanismus hat Susanne Ehlerding gestern in einer Veranstaltung des European Policy Centre verfolgt.

Die wichtigsten Themen im Überblick:

- Windkraft: NRW legt 1000-Meter-Abstand fest
- Rekordpreise für CO₂: Neue Marktconstellation
- CO₂-Grenzausgleich: EU laut Experten bei Klimaklub zu streng
- Arktis: Letztes Eis schmilzt auch
- Frankreich: Gericht stellt Regierung Klimaschutz-Ultimatum
- Steinkohlekraftwerke: BNetzA veröffentlicht Abschaltplan
- Erdgas: German LNG beantragt Genehmigung für Hafenanlagen
- Unwetter: Experten schätzen Schäden im Juni auf 2,5 Milliarden
- Nord Stream 2: Maas warnt in Polen vor Isolation Russlands
- Berlin: Bürgerinitiative startet Volksbegehren für Klimaneutralität 2030
- Rohstoffe: Dera rät Energiesektor zu Vorbereitung auf Knappheit
- Opec+: Noch keine Einigung über Ausweitung der Ölproduktion
- Im Porträt: Stefan Schäfer, Forschungsgruppenleiter am IASS

Background Presseschau

Klimaneutral bis 2030? Berliner Bürgerinitiative startet Volksbegehren für mehr Klimaschutz [tagesspiegel.de](#)

Mehr erneuerbare Energie für die Dominikanische Republik [dw.com](#)

Kanada lässt ab 2035 nur noch emissionsfreie PKW neu zu [heise.de](#)

Infineon will bis 2030 klimaneutral werden [sueddeutsche.de](#)

Hendrik Holt: Staatsanwaltschaft erhebt weitere Anklage im Fall des mutmaßlichen Windkraftbetrügers [handelsblatt.com](#)

Hessen und die Windenergie: Abermals Streit um Windräder [faz.net](#)

Energiewende: In deutschen Vorgärten hört niemand auf Fridays for Future [wivo.de](#)

Stromverbrauch in Deutschland übersteigt Vor-Corona-Niveau [sueddeutsche.de](#)

Neue Energie für die Lausitz: Windkraft erobert die Kohleregion [lr-online.de](#)

Wenn die Ukraine aufgrünt – das weiträumige Land könnte für Europa zu einem wichtigen Lieferanten sauberer Energie werden [nzz.ch](#)

Kritik an 1000-Meter-Regelung in NRW

Nordrhein-Westfalen soll bis 2045 klimaneutral werden – so sieht es das gestern beschlossene Klimaschutzgesetz des Landes vor. Dennoch hagelt es Kritik: Denn zeitgleich schreibt die Regierung den Mindestabstand von 1000 Metern für Windräder fest.



Florence Schulz



Mitten im aufgeheizten Wahlkampf gibt es harsche Kritik an der Klimapolitik im Bundesland von Kanzlerkandidat Armin Laschet. Die schwarz-gelbe Regierung von Nordrhein-Westfalen habe „per Gesetz den Ausbau der Windenergie“ **beendet**, twitterte der stellvertretende Fraktionsvorsitzender der Grünen, Oliver Krischer. „Willkommen in der komplett fakten- und realitätsfreien **Welt des Armin Laschet**, wie er auch den Bund regieren will.“ Sogar von Bundesumweltministerin Svenja Schulze (SPD) kamen strenge Worte: „Schwarz-Gelb in NRW erhöht die Klimaziele auf dem Papier und sorgt zugleich dafür, dass sie **nicht erreicht werden können**“, sagte sie der „Rheinischen Post“.

Hintergrund sind die neuen Mindestabstandsregeln für Windräder, die am Donnerstag im Rahmen einer **Novelle des Baugesetzbuches** von NRW beschlossen wurden. Mindestens 1000 Meter soll der Abstand zu einer Siedlung betragen, also die **maximale Distanz**, die laut Bundesregelung erlaubt ist. Bislang hat kein anderes Bundesland

davon pauschal Gebrauch gemacht, nur in **Brandenburg** wird das erwogen (Background [berichtet](#)). Zugleich hatte der Landtag in Nordrhein-Westfalen ein **neues Klimaschutzgesetz** verabschiedet, das wie jenes auf Bundesebene Klimaneutralität bis 2045 vorsieht. Die Treibhausgasemissionen sollen nun bis zum Jahr 2030 um mindestens 65 Prozent gegenüber dem Jahr 1990 gemindert werden. Bis zum Jahr 2040 ist eine Minderung um mindestens 88 Prozent geplant. Das Land stellt zum Erreichen der Ziele **100 Millionen Euro** an zusätzlichen Fördermitteln für Klimaschutztechnik bereit. Wirtschaftsminister Andreas Pinkwart (FDP) zeigte sich zufrieden und sagte, der Landtag habe „das **ehrgeizigste Klimaschutzgesetz** eines Bundeslandes“ verabschiedet.

Kommunen sollen selbst entscheiden können

In der Vergangenheit hatte die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen versucht, **noch größere Mindestabstände** festzulegen. So war nach der Einigung der Großen Koalition auf eine Länderöffnungsklausel beim Ausbau der Windkraft in der Landesplanung ein Ziel von 1500 Metern formuliert, wenn auch im Sinne einer Empfehlung. In einem früheren Entwurf des Baugesetzes war zudem eine „**Zehn-Häuser-Regel**“ vorgesehen, wonach der Mindestabstand bei Wohnbebauungen ab zehn Häusern verpflichtend gegolten hätte.

Stattdessen sollen **Kommunen nun selber entscheiden** können, ob sie Windräder auch näher als 1000 Meter an Siedlungen bauen wollen. So erreiche man einen „Ausgleich zwischen den berechtigten Interessen der Wohnbevölkerung und dem erforderlichen Ausbau der Windenergie“, sagte NRW-Bauministerin Ina Scharrenbach (CDU). Die neue Regel trage zum **Rechtsfrieden** bei. Widerspruch kam gestern von der energiepolitischen Sprecherin der Grünen im Landtag, Wibke Brems. Es sei „absehbar, dass viele Kommunen unter dem **Druck einer lauten Minderheit** den Mindestabstand auch zu Splittersiedlungen“ nicht unterschreiten wollen.

Nur 0,64 Prozent der Landesfläche bleiben für die Windkraft

Die Landesregierung von NRW hat sich vorgenommen, bis 2030 die Kapazität der installierten **Windkraftanlagen in NRW** auf 10,5 Gigawatt zu **verdoppeln**. Im vergangenen Jahr war das Land sogar deutscher Spitzenreiter beim Ausbau der Windkraft, allerdings gehen viele der Genehmigungen noch auf die vorherige rot-grüne Regierung zurück.

Doch spätestens mit dem neuen Gesetz sei der Ausbau der Windkraft gesetzlich blockiert, warnte der **Landesverband Erneuerbare Energien (LEE)** in NRW. Eine [Potenzialstudie](#) des Verbandes vom April war zu dem Schluss gekommen, dass mit dem neuen Gesetz landesweit nur noch eine theoretisch maximal nutzbare Fläche von 0,64 Prozent für die Windkraftnutzung übrig bleibe. In knapp der **Hälfte aller NRW-Kreise** und kreisfreien Städte sei dann **kein Windkraftausbau mehr möglich**. Allenfalls theoretisch könnte noch eine mögliche Windkraftleistung von 7,239 Gigawatt realisiert werden. Der ermittelte Ausbauwert reduziere sich in der Praxis noch weiter durch städtebauliche, luftverkehrsrechtliche und Artenschutzrestriktionen, so die Studie. Auch das **Repowering** alter Anlagen, die oft näher als 1000 Meter an Siedlungen stehen, sei in NRW dann fast ausgeschlossen und nur noch an 228 Windenergieanlagen, gerade einmal **6,15 Prozent des Bestandes**, möglich.

Es sei schlicht „**unglaublich**“ auf der einen Seite für mehr Klimaschutz zu plädieren und andererseits den Ausbau der Windenergie in Nordrhein-Westfalen massiv einzuschränken“, sagt gestern Reiner Prüggen, der Vorsitzende des LEE NRW.

Neben dem Klimaschutzgesetz verabschiedete der Landtag in Düsseldorf gestern auch ein **Klimaanpassungsgesetz**: Kommunen müssen künftig bei allen Vorhaben die Auswirkungen des Klimawandels mitberücksichtigen. Ein solches Gesetz existiert bislang in keinem anderen Bundesland. *mit dpa*

Background **Marktdaten**

Bezeichnung	Wert	Tendenz im Vergleich zum Vortag
Wind onshore (Prod. MWh pro Tag, aktuellste Werte)	165.127,00	141.09 %
Solar (Prod. MWh pro Tag, aktuellste Werte)	136.735,00	-46.65 %
Strom-Day-Ahead (Durchschnittspreis pro MWh)	96,58 €	4.55 %
Ölpreis (Brent pro Barrel)	75,60 \$	1.6 %
Erdgaspreis (1 Mio. BTU)	3,66 \$	-0.54 %
Ecarbix (Preis pro Tonne CO2)	57,50 €	3.88 %
RENIXX® (Renewable Energy Industrial Index World)	1.709,87 €	-1.76 %

Quellen: [netztransparenz.de](#), [epexspot.com](#), [boerse.de](#), [onvista.de](#), [eex.com](#), [iwr.de](#)

CO2-Handel und Strommarkt in neuer Konstellation

Fast täglich neue Rekordpreise für CO2-Emissionszertifikate, Strom und Gas sind teuer wie lange nicht: Mit dem Aufschwung nach der Coronakrise sind die Märkte in Bewegung geraten. Kohlekraftwerke knöpfen Gasturbinen verlorene Marktanteile ab. Der CO2-Preis könnte sogar noch weiter steigen.



Jakob Schlandt



Die **Coronapandemie** hat durch die Impfkampagne an Wucht verloren, die Wirtschaft in Deutschland und Europa wächst wieder. Gleichzeitig verfolgen die europäischen Institutionen weiterhin den Ende 2019 eingeschlagenen **Klimaschutzkurs**. Dieses Zusammenwirken von wirtschaftlicher Erholung und Zielverschärfungen, zusammen mit kurzfristigen Faktoren, führt zu **neuen Konstellationen** in der **Energiewirtschaft** und im europäischen Emissionshandel (**EU-ETS**).

Der **CO2-Preis** eilt von Rekord zu Rekord. Auch am Donnerstag wurde wieder ein **neuer Höchststand** verzeichnet. Am Handelsplatz der Energiebörse EEX stieg der Spotpreis für eine European Emission Allowance (EUA) auf 58,13 Euro – und setzte dabei seinen recht kontinuierlichen Aufwärtstrend der vergangenen Monate fort. Noch im Oktober hatte er bei rund 25 Euro gelegen, im März 2020 sogar kurzzeitig bei nur etwa 16 Euro.

Intuitiv würde der Schluss naheliegen, dass bei derart hohen CO2-Preisen Kohlekraftwerke immer weiter aus dem Markt gedrängt werden. Doch das ist nicht der Fall, wie ein Blick in den gerade abgeschlossenen Juni zeigt. Laut den [Energy-Charts](#) des Instituts Fraunhofer ISE lag die **Kohlestromproduktion** bei knapp elf Gigawattstunden, davon rund acht GWh Braunkohle, Gaskraft kam auf nur rund vier GWh. Im Juni 2020 – bereits nach dem starken Stromnachfrageeinbruch im Frühjahr – kam die Steinkohle auf nur halb so viel Produktion, Braunkohle lag ein Drittel niedriger und die Gaskraft um eine halbe GWh höher.

Hoher Gaspreis hilft den Kohlekraftwerken

Relativ betrachtet ist also durchaus von einem **moderaten Kohle-Comeback** am deutschen Strommarkt zu sprechen. Trotz der hohen CO2-Preise lohnt der Kraftwerksbetrieb für viele Anlagen, denn Gaskraftwerke sind häufig nicht voll konkurrenzfähig. „Hauptgrund ist der seit dem Coronakrisentiefpunkt sehr deutlich gestiegene Gaspreis“, sagt **Hanns Koenig** vom Beratungsunternehmen **Aurora Energy Research**. Vor gut einem Jahr lagen die Preise bei rund fünf Euro pro Megawattstunde. Nun ist der Gasmarkt in Europa „extrem eng“, wie **Trevor Sikorski** sagt, der Chefanalyst des Londoner Analysehauses **Energy Aspects**.

Zuletzt hat sich der Anstieg noch einmal beschleunigt. Allein seit Mitte Mai ist der Preis pro MWh im deutschen Marktgebiet Gaspool von rund 23 Euro auf inzwischen 36 Euro gestiegen. Auch **Steinkohle** ist deutlich teurer geworden, allerdings nicht in gleichem Maß. Und bei der Braunkohle, die in eigenen Tagebauen gewonnen wird, gibt es keine marktbasiereten Brennstoffkosten.

Hinter den hohen Gaspreisen stehen als Haupttreiber die wieder anspringende Weltwirtschaft und die gute Konjunktur in Europa, es kommen aber noch weitere Faktoren hinzu. „Der **Winter** war im Vergleich zu den Vorjahren eher kalt und bis in den Mai hinein musste geheizt werden“, sagt Koenig, „die **Gasspeicher** sind so leer wie seit langer Zeit nicht mehr“. Er erwartet, dass die Preise in der Tendenz eher fallen und hält ein Niveau von um die 27 Euro pro MWh für langfristig realistisch.

Zweitens: In den USA ist die **Schiefergasproduktion** nicht so schnell wieder in Gang gekommen wie erwartet. „Das hat die Weltmarktpreise für verflüssigtes Erdgas, kurz LNG, das per Schiff transportiert wird, nach oben getrieben. Und viele Pipelinegasverträge in Europa richten sich inzwischen nach den **LNG-Importpreisen**“, sagt Koenig.

Industrieunternehmen droht Kostenschock

Hohe Gaspreise treiben den CO2-Preis. „Kurzfristig wird der Wechsel von Kohlekraft zu Gaskraft unattraktiver“, so Koenig. Das wird aber nicht immer so bleiben. „Ab in etwa dem Jahr 2030, wenn kaum noch Kohlekraftwerke in Europa in Betrieb sind, werden hohe Gaspreise **erneuerbare Energien wettbewerbsfähiger** machen, was wiederum den CO2-Preis mittelfristig senkt“, sagt er.

Zurück zur Gegenwart: Auch die **Strompreise** sind hoch wie seit 2008 nicht mehr. Über 72 Euro pro Megawattstunde sind für das Frontjahr 2022 fällig, Anfang Juni waren es 65 Euro. Das bekommt auch die **deutsche Industrie** zu spüren. Unternehmen sind in der Regel am Terminmarkt abgesichert – aber nur für eine Weile. „Bleibt das Niveau so hoch oder steigt es noch weiter, dringt der Kostenschock durch“, sagt Hanns Koenig mit Blick auf die **internationale Wettbewerbsfähigkeit** der Unternehmen.

Steigt der Preis im europäischen Emissionshandel sogar noch weiter? Sikorski von Energy Aspects kann sich „gut vorstellen“, dass es dieses Jahr noch ein wenig hinaufgeht, zum Beispiel auf 60 Euro pro EUA im dritten Quartal. Und in der zweiten Hälfte dieses Jahrzehnts rechnet der Experte inzwischen mit „**leicht 80, 90 oder gar 100 Euro pro Tonne**“.

Die als Entwurf bekannt gewordenen Pläne für die **Reform des EU-ETS** (Background [berichte](#)) hält er dagegen für „**weitgehend neutral**“, denn der Markt habe bereits mit einer Verschärfung etwa in diesem Ausmaß gerechnet – und alle Leerstellen in den Plänen der Europäischen Kommission sind auch noch nicht gefüllt. Insgesamt sei aber klar: „In erster Linie ist der EU-ETS im Augenblick ein politischer Markt, der mit zukünftigen Knappheiten durch den ambitionierten europäischen Klimaschutz rechnet.“

ICIS-Analyse zu Auswirkungen der Bundestagswahl

Das Beratungsunternehmen **ICIS** hat indes die Auswirkungen der Bundestagswahl auf Energiemärkte und Emissionshandel unter die Lupe genommen. Das kurze **Analyse-Papier** soll heute veröffentlicht werden. Große Unterstützung sieht ICIS in allen sechs als wahrscheinlich betrachteten Koalitionsoptionen für die Einführung eines europäischen Grenzausgleichsmechanismus **CBAM** (siehe Text unten).

Carbon Contracts for Difference (**CCfD**) – eine Unterstützung für die Industrie bei der Umstellung auf CO2-neutrale Techniken – sind aus ICIS-Sicht nach Auswertung der Parteiprogramme vor allem bei einer schwarz-grünen und einer schwarz-rot-grünen Koalition sehr wahrscheinlich. Wenig Unterstützung dafür erwarten die Autoren Grégoire Ladouce und Sebastian Rilling dagegen von einem rot-rot-grünen Bündnis. Von diesem wäre dafür die Favorisierung eines **Mindestpreises im europäischen Emissionshandel** zu erwarten und eine Beschleunigung des **Kohleausstiegs**. Bei schwarz-grün sei die Wahrscheinlichkeit nur mittelhoch.

Hier machen die ICIS-Experten eine interessante Beobachtung: Wichtig für die Auswirkungen eines schnelleren Kohleausstiegs auf den EU-ETS sei vor allem, ob die eingesparten Emissionen aus dem EU-ETS entfernt würden. Da dies für den bisher vereinbarten deutschen Kohleausstieg nicht geschehen sei, halten sie einen **dämpfenden Effekt auf die CO2-Preise** für „erwartbar“.

Experten: EU bei Klimaklub zu streng



Susanne
Ehlerding

Wie weiter mit den freien Zuteilungen von CO2-Zertifikaten für Unternehmen, wenn die EU einen CO2-Zoll auf Importe erhebt? Das entwickelt sich zur entscheidenden Frage bei der Einführung des geplanten Carbon Border Adjustment Mechanism. Antworten gaben Experten beim European Policy Centre.



Eins von beiden geht nur: die weitere Zuteilung von **kostenlosen CO2-Zertifikaten** im europäischen Emissionshandel oder ein **Carbon Border Adjustment Mechanism** (CBAM) der EU. Dies Instrument zum Schutz der heimischen Industrie vor Importen aus Regionen mit geringeren Klimastandards wäre nur mit den Regeln der **Welthandelsorganisation** nur vereinbar, wenn die bisher verteilten kostenlose Zertifikate für Kraftwerksbetreiber und Industrie **auslaufen**, sagte der niederländische EU-Abgeordnete **Mohammed Chahim** (S&D) am Donnerstag in einem Webinar der Brüsseler Denkfabrik European Policy Centre. Er hält die Gefahr von **Carbon Leakage** im Übrigen für „ein Märchen“. Genau davor soll der CBAM schützen.

Emily Lydgate, Expertin für internationales Handelsrecht an der Universität Sussex, warnte: „Es ist ein gesalzener Preis für Handelspartner der EU, **selbst** einen Emissionshandel aufsetzen zu müssen, wenn sie dem **Klimaklub** der EU beitreten wollen.“ Nur so wären sie von der Belastung ihrer Importe mit dem CO2-Zoll befreit. So lautet jedenfalls eine Passage in einem jüngst bekanntgewordenen **Entwurf** des Kommissionsvorschlags zum CBAM. Er wird am 14. Juli mit inzwischen zwölf anderen im Fit-for-55-Paket herauskommen.

Auch Chahim hatte zuvor gewarnt, dass die EU **zu hohe Hürden** für einen Beitritt zu ihrem Klimaklub setze. Er prognostizierte den langsamen Start eines „**CBAM light**“ für Produkte mit hohem CO2-Fußabdruck wie Aluminium, Eisenerz und Zement. **Einnahmen**, da waren sich Lydgate und Chahim einig, würde der CBAM eher wenige generieren, immerhin wohl einige hundert Millionen Euro im Jahr. Der CO2-Grenzausgleichsmechanismus sei aber eine **Lenkungssteuer**, deren Einnahmen auslaufen sollten, erinnerte der Sozialdemokrat.

Keine Rede von historischer Verantwortung der EU

Als Manko wertete Lydgate, dass in dem bekannt gewordenen Entwurf keine Rede von einer **Zuteilung** von Einnahmen aus dem CBAM an **Entwicklungsländer** ist. Auch an das UN-Prinzip der gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortung im Klimawandel wurde nicht erinnert. Die Formulierung ist die Chiffre dafür, dass Industrienationen wie die Mitglieder EU mehr tun müssen als Nationen mit geringen historischen Emissionen. „Das wird Fragen bei der **Klimakonferenz in Glasgow** aufwerfen“, prognostizierte Lydgate. Gleichzeitig erinnerte sie daran, dass Entwicklungsländer wegen der für sie angedachten Ausnahmen schon als „**CO2-Paradiese**“ bezeichnet wurden – in Anlehnung an Steuerparadiese („tax havens“).

Chahim sieht an sich **gute Chancen**, dass der CBAM konform mit der Welthandelsorganisation WTO gehen kann. „Die Idee, dass man Waren dort **besteuert, wo sie verbraucht werden**, und nicht dort, wo sie produziert werden, ist im WTO-Recht voll etabliert“, sagte er.

Bei den Bürger:innen schneide der CBAM unter **vier Politikmaßnahmen** recht gut ab, merkte **Rafael Loss** vom European Council on Foreign Relations an. Gefragt, was sie zur Umsetzung als grüne **Fördermaßnahmen** am meisten favorisieren, sprachen sich demnach 45 Prozent der Befragten für den Ausbau von **Transportverbindungen** zwischen den Städten Europas aus. Danach folgte der **CBAM** (40 Prozent), Förderungen für die **(Stahl)industrie** zur Verringerung ihres Fußabdrucks (38 Prozent) und schließlich bessere **Ladenetzwerke** für Elektroautos (28 Prozent).

Background Nachrichten

Letztes Eis der Arktis schmilzt auch

Der vergangene August hat selbst weite Teile des als besonders robust geltenden „letzten Eises“ in der Arktis auf ein Rekordniveau zusammenschmelzen lassen. Das Eis der Wandelsee vor der nordöstlichen Küste Grönlands ist einer der wenigen Rückzugsorte für arktische Säugetierarten, wo es auch im Sommer noch Eis gibt. Eine am Donnerstag im Journal „Communications Earth & Environment“ erschienene **Studie** eines US-amerikanischen Forschungsteams weckt nun Zweifel daran, dass diese letzte Bastion noch lange durchhält. 2020 lag die minimale Eiskonzentration um fast die Hälfte niedriger als im Durchschnitt der vergangenen 40 Jahre.

Erstaunlich ist vor allem, dass die Situation in den Frühlingsmonaten 2020 recht positiv ausgesehen hatte. Noch im Juni erreichte die Eisdecke eine durchschnittliche Dicke. Gleichzeitig habe es an den Rändern aber viele dünne Eisflächen gegeben, so die Wissenschaftler. Mit Beginn der Schmelzsaison trugen starke Winde zu einer Strömung bei, die das dünne Eis aus der Region verdrängten. Damit wurden größere Meeresflächen frei, die sich aufheizten und das Eis weiter schmelzen ließen.

Auch 2018 hatten starke Winde zu einer großen eisfreien Wasserfläche, einer **Polynja**, geführt. „Das dient als Erinnerung, dass nicht alle Rekordereignisse das Resultat des Klimawandels sein müssen“, schreiben die Forschenden. Beim Eisschwund 2020 allerdings legen sie sich fest: Eine intakte Eisdecke wäre resilienter gegenüber dem Wind gewesen.

Im vergangenen Jahr hatten Wissenschaftler:innen auf der Arktismission „Mosaic“ die Ereignisse aus nächster Nähe beobachtet. Mit dem deutschen Forschungsschiff „Polarstern“ drifteten sie auf einer Eisscholle unter anderem durch die Wandelsee (Background **berichtete**). Ihre amerikanischen Kollegen schreiben, dass weitere Forschungsarbeiten die Widerstandsfähigkeit der Wandelsee für die Erhaltung von eisabhängigen Säugetieren im Klimawandel zeigen müssten. *dre*

Gericht stellt französischer Regierung Ultimatum

Im Kampf gegen klimaschädliche Treibhausgase hat das oberste französische Verwaltungsgericht der Regierung eine Frist bis zum 31. März kommenden Jahres gesetzt. Bis dahin müsse die Regierung „zusätzliche Maßnahmen“ ergreifen, um das Klimaschutzziel einer Emissions-Verminderung um 40 Prozent bis 2030 zu erreichen. Das teilte der Staatsrat am Donnerstag in Paris mit. Die Pariser Institution, die die Regierung bei der Vorbereitung von Gesetzesvorhaben berät, ist gleichzeitig das oberste Verwaltungsgericht des Landes.

Die nordfranzösische Küstengemeinde Grande-Synthe in der Nähe von Dünkirchen hatte sich an den Staatsrat gewandt. Sie fordert schon länger zusätzliche Klimaschutzmaßnahmen der Regierung. Die Richter hatten bereits festgestellt, dass die Gemeinde am Meer besonders von Auswirkungen des Klimawandels betroffen sei.

In Deutschland war eine Neuregelung des Klimagesetzes nötig geworden, nachdem das Bundesverfassungsgericht dem Gesetzgeber im Frühjahr aufgetragen hatte, bis Ende 2022 die Reduktionsziele für Treibhausgasemissionen für die Zeit nach 2030 näher zu regeln. *dpa*

BNetzA veröffentlicht Kohleabschaltplan

Die Bundesnetzagentur hat am Donnerstag die Reihenfolge [veröffentlicht](#), in der Steinkohle- und kleine Braunkohlekraftwerke im Rahmen des beschlossenen Kohleausstiegs abgeschaltet werden müssen. Sie kommt allerdings nur zum Tragen für Anlagen, die sich nicht zuvor erfolgreich im Rahmen von Ausschreibungen für Abschaltungen beworben haben. Das ist bei einer Unterzeichnung der Ausschreibungsvolumen in den kommenden Jahren der Fall sowie nach 2026. Dann muss die letzte Ausschreibung erfüllt sein. Finales Kraftwerk in der Liste ist die Uniper-Anlage Datteln 4.

Die Reihenfolge hängt in der Regel vom Datum der Inbetriebnahme ab. „Die Altersreihung basiert auf dem Gedanken, dass eine Anlage umso früher keine Kohle mehr verfeuern darf, je älter sie ist. Hierdurch wird den Klimazielen und dem Umweltschutz Rechnung getragen, da das Alter einer Anlage ein Indikator für die Emissionsbelastung ist. Zwischenzeitlich getätigte Investitionen in die Anlage („Retrofits“) sind berücksichtigt worden“, hieß es gestern erklärend von der BNetzA. Bis Ende 2030 sollen noch rund acht Gigawatt Steinkohlekraftwerksleistung am Netz sein.

Ingrid Nestle, Energieexpertin der Grünen im Bundestag, kommentierte dazu: „Der Pfad des Kohleausstiegs ist mit der Altersreihung endlich vorgegeben, aber das Tempo sollte dringend angezogen werden.“ Die Grünen forderten den notwendigen Ausbau der Erneuerbaren und einen auf die Klimaziele abgestimmten Emissionshandel. „Dann werden die Kraftwerke eher 2030 vom Netz gehen“, sagte sie. *jas*

German LNG beantragt Genehmigung für Hafenanlagen

Nach langer Verzögerung hat die Projektgesellschaft German LNG Terminal am Donnerstag einen Antrag auf Planfeststellung für den Hafen und andere logistische Anlagen ihres geplanten Importterminals für Flüssigerdgas (LNG) bei Brunsbüttel gestellt. Außerdem muss das Unternehmen einen Antrag auf immissionsschutzrechtliche Genehmigung stellen. Das Vorhaben ist unter Umwelt- und Klimaschutzgesichtspunkten umstritten. Die Bundesregierung ist grundsätzlich für den Bau von LNG-Terminals. Die Bundesnetzagentur hat das Brunsbütteler Projekt von der Tarif- und Netzzugangsregulierung freigestellt (Background [berichtete](#)).

Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) kündigte am Donnerstag umgehend neue Proteste und rechtliche Schritte gegen German LNG an. Sie hatte in einem Gutachten argumentiert, das Terminal sei nicht genehmigungsfähig und unvereinbar mit den deutschen Klimaschutzzielen. Die Organisation geht davon aus, dass klimaschutzrelevante und störfallrechtliche Aspekte im Planfeststellungsverfahren nicht behandelt werden. Damit sei erst im immissionsschutzrechtlichen Verfahren für das eigentliche Importterminal zu rechnen. *csa*

2,5 Milliarden Euro Unwetterschäden im Juni

Die schweren Unwetter in Deutschland, Österreich und der Schweiz in den vergangenen zehn Tagen werden die Versicherer Schätzungen von Experten zufolge mehr als 2,5 Milliarden Euro kosten. Allein die Sturm- und Hagelschäden, die die Tiefdruckgebiete „Volker“ und „Wolfgang“ mit sich brachten, hätten im deutschsprachigen Raum mehr als zwei Milliarden Euro versicherte Schäden angerichtet, sagte Versicherungsmathematiker Onnen Siems, Geschäftsführer der Beratungsgesellschaft Meyerthole Siems Kohlruss in Köln am Donnerstag.

Zum Vergleich: Im gesamten Jahr 2020 mussten die Versicherer in Deutschland nach Daten des Branchenverbandes GDV mit 1,95 Milliarden Euro für die Folgen von Naturgefahren wie Sturm, Hagel und Überschwemmungen aufkommen. Siems bringt die Häufung von Unwettern in Zusammenhang mit dem Klimawandel. Der Juni sei – nach 2003 und 2019 – der drittwärmste seit Beginn der Wetteraufzeichnungen im Jahr 1881 gewesen. Die feuchtwarme Luft entlud sich in Gewittern mit Blitz, Starkregen, Sturm und Hagel. *rt*

Maas warnt in Polen vor wirtschaftlicher Isolation Russlands

Im Streit um die Gaspipeline Nord Stream 2 hat Bundesaußenminister Heiko Maas bei seinem Besuch in Polen davor gewarnt, die wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland abzubrechen. Wenn man gleichzeitig auch China isoliere, treibe man diese beiden Länder immer stärker zusammen und schaffe den größten Wirtschaftsraum weltweit,

sagte Maas am Donnerstag nach einem Gespräch mit seinem polnischen Kollegen Zbigniew Rau in Warschau. „Das ist nicht nur falsch, sondern das ist auch gefährlich – auch für unsere Sicherheitsinteressen in Europa. Und deshalb halten wir das nicht für die richtige Strategie.“

Rau bekräftigte dagegen die polnische Ablehnung des Pipeline-Projekts. Es verursache ein Sicherheitsdefizit in der Region, sagte er. Polen zählt zusammen mit den baltischen Staaten und der Ukraine zu den schärfsten Gegnern der Pipeline, die fast fertiggestellt ist und Russland und Deutschland verbinden soll. Der wichtigste Verbündete der europäischen Gegner – die USA – scheint sich dagegen inzwischen mit der Fertigstellung der beiden Röhren weitgehend abgefunden zu haben. Derzeit laufen Gespräche zwischen den USA und Deutschland darüber, wie die wirtschaftlichen Folgen von Nord Stream 2 für die Ukraine abgedeckt werden können. *dpa*

Berliner Bürgerinitiative will Klimaneutralität 2030

Eine Berliner Bürgerinitiative will mittels Volksbegehren und Volksentscheid mehr Klimaschutz durchsetzen. Nach dem Willen des Bündnisses Klimaneustart soll im Energiewendegesetz festgelegt werden, dass die Stadt bereits 2030 und nicht wie bislang vorgesehen bis 2050 klimaneutral ist. Am Samstag soll die erste Phase der Unterschriftensammlung für ein Volksbegehren beginnen, wie die Initiative mitteilte.

Der Initiative Klimaneustart gehören 26 Partner an, darunter Wissenschaftler, Umweltunternehmer und Vertreter der Klimaschutzbewegung Fridays For Future. Nach ihrer Einschätzung muss der Berliner Senat deutlich mehr als bisher tun, um zum Ziel des Pariser Klimaabkommens beizutragen, die Erderwärmung im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter auf 1,5 Grad zu begrenzen. Die bisherigen Absichtserklärungen des Senats reichten bei weitem nicht aus, nötig seien ambitioniertere und verbindlichere Regeln.

Der rot-rot-grüne Senat hatte im April ein neues Energiewendegesetz auf den Weg gebracht, um mit neuen Vorgaben und Vorschriften den Klimaschutz in der Hauptstadt weiter voranzubringen. Dort ist das Ziel festgeschrieben, die CO₂-Emissionen bis 2030 um mindestens 65 Prozent und bis spätestens 2050 um mindestens 95 Prozent im Vergleich zu 1990 zu senken. Das Bündnis Klimaneustart fordert eine CO₂-Reduktion von 70 Prozent bis 2025 und um 95 Prozent bis 2030.

Ein Volksbegehren läuft in mehreren Stufen ab. Um es einzuleiten, müssen die Initiatoren in einer ersten Phase 20.000 Unterstützungsunterschriften sammeln. Im Mai hatte die rot-rot-grüne Koalition auf Drängen des Bündnisses Klimaneustart bereits einen Klima-Bürgerrat für Berlin beschlossen. *dpa, Tsp*

Dera rät Energiesektor zu Vorbereitung auf Rohstoffknappheit

Der Nachfrage-Boom bei Rohstoffen für die Elektromobilität oder den Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft könnte Versorgungslücken reißen – Berater der Bundesregierung empfehlen der Wirtschaft jetzt eine umfassende Prüfung ihrer Lieferketten. „Für die Unternehmen ist ein gutes Risikomanagement wichtig“, mahnt der Chef der Deutschen Rohstoffagentur (Dera), Peter Buchholz. Sie sollten die entsprechenden Beziehungen „durchleuchten, Schwachstellen identifizieren und mit den Zulieferern Strategien erarbeiten, wie sie sich vor Ausfällen und starken Preisvolatilitäten schützen können“.

Die Dera prüft unter anderem für das Wirtschaftsministerium die Lage zu Hightech-Metallen und anderen Basismaterialien. Zusammen mit Instituten der Fraunhofer-Gesellschaft legte die Fachabteilung der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) zu einer Konferenz am Donnerstag die Ergebnisse einer Untersuchung vor.

Eine Erkenntnis daraus ist, dass besonders der Bedarf an elf Metallen im Laufe der nächsten zwei Jahrzehnte „deutlich über dem heutigen Produktionsstand liegen könnte“. Genannt werden das für Batterien nötige Lithium und Kobalt sowie Scandium, das bei der Wasserstoff-Speicherung zum Einsatz kommt. Ähnliches gelte für den Katalysatoren-Werkstoff Platin und für Seltene Erden, die in Teilen von Windkraftanlagen, E-Motoren und Magneten stecken. Die Nachfrage wird nach Schätzung der Dera das Angebot einiger dieser Elemente bis 2040 um das bis zu Neunzehnfache übersteigen. Auch die Internationale Energieagentur hatte kürzlich vor bedrohlichen Engpässen bei Energietechnik-relevanten kritischen Mineralrohstoffen gewarnt (Background [berichtete](#)). *dpa*

Noch keine Einigung über Ausweitung der Ölproduktion

Die wichtigsten ölproduzierenden Länder haben sich am Donnerstag vor dem Hintergrund der steigenden Nachfrage nach dem Rohstoff und wachsender Inflationssorgen nicht auf eine Erhöhung der Öl-Fördermenge einigen können. Die Opec-Staaten und ihre Partnerländer vertagten ihr per Videokonferenz abgehaltenes Treffen laut einer Erklärung auf Freitag. Analysten hatten im Vorfeld eine leichte Erhöhung der Produktion im August erwartet.

Zuletzt hatte unter anderem Indien die Ölförderländer zu einer Ausweitung gedrängt, um den Preisanstieg abzdämpfen. Die Opec+-Länder hatten die Rohölproduktion gekürzt, nachdem die Coronapandemie im vergangenen Jahr die Ölpreise abstürzen ließ. Zu Beginn der Corona-Krise hatten sich die Förderländer angesichts des drastischen Nachfrageeinbruchs, der den Ölpreis in der Pandemie auf den tiefsten Stand seit Jahrzehnten absacken ließ, auf eine deutliche Drosselung der Fördermenge verständigt.

Inzwischen haben sich die Vorzeichen jedoch gewandelt. Vor Beginn der Beratungen der Förderländer notierte der Ölpreis für ein Barrel (159 Liter) der Nordseesorte Brent bei gut 75 Dollar (rund 63 Euro), ein Barrel der US-Sorte WTI kostete in New York am Donnerstag zwischenzeitlich fast ebenso viel, was den höchsten Stand seit Oktober 2018 bedeutete. *AFP*

Werner Rühm wird Vorsitzender der Internationalen Strahlenschutzkommission (ICRP). Damit trete erstmals in der Geschichte der Kommission ein Deutscher an deren Spitze, teilte das Bundesumweltministerium am Donnerstag mit. Aktuell ist der Physiker Vorsitzender der deutschen Strahlenschutzkommission. Er leitet die Arbeitsgruppe Medizin- und Umweltdosimetrie am Institut für Strahlenmedizin des Helmholtz Zentrums München und ist Professor an der Universität München. csa

Background Im Porträt



Stefan Schäfer

Forschungsgruppenleiter am IASS

Für Stefan Schäfer wirft das sogenannte Climate Engineering nicht nur naturwissenschaftliche und technische, sondern auch politische und soziale Fragen auf. Der Wissenschaftler am Potsdamer IASS will das Thema in eine breite gesellschaftliche Debatte bringen.

Forschen, Hinterfragen, Forschung hinterfragen – **Stefan Schäfer** arbeitet beim **IASS**, dem Institut für transformative Nachhaltigkeitsforschung in Potsdam. Einer seiner Schwerpunkte: das **Climate Engineering**. In diesem Forschungsgebiet geht es um die Frage, ob das Klima durch gezielte technische Maßnahmen manipuliert werden kann, um die Erderwärmung zu stoppen. Schäfer selbst blickt auf diese Thematik nicht wie die meisten als Naturwissenschaftler, sondern als **Politikwissenschaftler**. Mehr als die Technologie selbst beschäftigen Schäfer die **politischen und gesellschaftlichen Implikationen** dahinter.

„Mich interessieren im weitesten Sinne die neuen Wissensbestände und Technologien im 21. Jahrhundert, die sich mit dem Planeten beschäftigen“, so Schäfer. Insbesondere beim emotional aufgeladenen Thema Klimawandel könne die **Strahlkraft von Innovationen und Technologien** auf Politik und Gesellschaft groß sein.

Die zwei „hypothetischen Zukunftstechnologien“ des **Reflektierens von Sonnenlicht** und des **Entnehmens großer Mengen CO₂** aus der Atmosphäre, die unter den Begriff des Climate Engineering fallen, hätten einen „unheimlich großen Einfluss auf die Vorstellungskraft“, sagt Schäfer. Sie lösten häufig Skepsis aus, könnten aber auch fälschlicherweise als Plan B gesehen werden und damit ein **falsches Sicherheitsgefühl** vermitteln. Schließlich existieren diese Technologien bislang nur in der Theorie. So hilfreich sie in der Zukunft sein könnten, so wichtig findet es Schäfer, ihr Potenzial kritisch zu hinterfragen.

Eine Frage der Gerechtigkeit

Zum Beispiel, um darauf aufmerksam zu machen, dass in vielen Modellrechnungen zum Klimaschutz – etwa in den Berechnungen des IPCC – einige dieser Technologien **bereits eingeplant** sind. „Das ist ein Vorgreifen in die Gegenwart mit **hypothetischen Zukunftstechnologien**, die vielleicht nie in dem Ausmaß zur Verfügung stehen werden“, kritisiert er. Auch die Akzeptanz von Climate-Engineering-Technologien dürfe nicht als selbstverständlich angesehen werden.

Schäfer führt ein Beispiel aus Schweden an. Dort wollten Forscher:innen der Universität Harvard per Feldversuch eine Methode zum Reflektieren von Sonnenlicht erforschen. Das Vorhaben scheiterte am **Widerstand aus der Bevölkerung**. Zu groß war die **Angst** vor den Auswirkungen der noch nie zuvor außerhalb eines Labors getesteten Technologien und davor, dass das Experiment weitere nach sich zieht. „Das sind politische Umstände, die in die Bewertung solcher Technologien mit einfließen sollten“, sagt Schäfer. „So wird deutlich, dass Climate Engineering **keine vorweggenommene Tatsache** ist“.

Schäfer sieht auch ein **Konfliktpotenzial zwischen Staaten**. Extremwetterereignisse könnten auf Klimamanipulationen durch das Reflektieren von Sonnenlicht zurückgeführt werden. Das ließe sich zwar nicht ohne weiteres beweisen – das Gegenteil aber ebenso wenig. „Insofern steckt in Climate Engineering auch eine **Gerechtigkeitsfrage**“, sagt der IASS-Forscher.

Universität Tübingen, Cornell University, FU Berlin

Schäfer, der im Berliner Bezirk Neukölln wohnt, hat **Politikwissenschaft, Philosophie** und **Geschichte** studiert. Der Lehre an der Universität Tübingen mit Zwischenstation an der US-amerikanischen Cornell University folgte die Promotion in Politikwissenschaften am **Otto-Suhr-Institut** der Freien Universität Berlin. Durch seinen Doktorvater entdeckte er sein Interesse für Wissenschaft in Verbindung mit Technologien.

Privat lebt der 39-Jährige weitestgehend **vegetarisch** und fährt **kein Auto**. Schäfer reist leidenschaftlich gern, wodurch er wiederum am **Fliegen** nicht vorbeikommt. Das Klima müsse in der Argumentation nicht immer an vorderster Stelle stehen, meint er. „Vieles von den Sachen, die man machen soll, weil sie gut für das Klima sind, sind auch **sonst irgendwo gut**.“ Neue Perspektiven zu ergründen, treibt den gebürtigen Frankfurter um. In seiner Kindheit zog seine Familie viel um, zeitweilig lebten sie in den Vereinigten Staaten. Abitur und Zivildienst absolvierte Schäfer in Hamburg.

Climate Engineering-Konferenz in Vorbereitung

Die bisher längste berufliche Station ist für Schäfer das IASS. Dort gefallen ihm vor allem die **„kritisch sozialwissenschaftliche Herangehensweise“** und die Freiheiten, die den Forschenden eingeräumt werden. Neben seiner Tätigkeit am IASS besucht er als Fellow Veranstaltungen des Program on Science, Technology and Society der **Harvard University** und des Institute for Science, Innovation and Society der **University of Oxford**. Wegen der Zeitverschiebung finden die digitalen Veranstaltungen mitunter spät abends oder nachts statt, doch das macht Schäfer nichts aus. „Es ist ein Privileg, mit Leuten zusammenzuarbeiten, die man bewundert“, sagt er. Zusätzlich engagiert sich der Wissenschaftler in einem **Künstlerkollektiv**.

Im Moment beschäftigt Schäfer unter anderem die Vorbereitung der **Climate Engineering Conference**, ausgerichtet vom IASS, die im Oktober zum dritten Mal stattfinden soll.

Sowohl 2014 und 2017 leitete er das Steuerungskomitee. Eingeladen sind Interessierte aus Wissenschaft, Politik, Zivilgesellschaft und der Aktivist:innen-Szene. Mit der Konferenz, sagt Schäfer, wolle er einer **Verengung der Diskussion** auf naturwissenschaftlich-technische Fragen vorbeugen und das Thema in eine **breitere gesellschaftliche Debatte** einbetten. *Julia Klann*

Wer rettet das Klima? Die Politik oder der Einzelne?

Die Klimakrise umfasst in ihrer Vielschichtigkeit nicht nur steigende Durchschnittstemperaturen, Ozeanversauerung, Meeresspiegelanstieg, Artensterben und ein gehäuftes Auftreten von immer intensiveren Extremwetterereignissen, sondern ganz zentral auch Gerechtigkeitsfragen: Unsere aus dem Kolonialismus hervorgegangene, auf fossilen Brennstoffen basierende globale Ökonomie verteilt ihre Lasten und Folgen je nach Geschlecht, Hautfarbe und Besitz extrem ungleich. Angesichts dieser Vielschichtigkeit brauchen wir ein sehr viel expansiveres Verständnis davon, was es heißt, der Klimakrise zu begegnen, als „das Klima retten“. Dann wird auch klar, dass jeder Einzelne eine Rolle spielt, die notwendigen Veränderungsprozesse aber an die grundlegenden politischen, ökonomischen und rechtlichen Strukturen unserer globalisierten Gesellschaft rühren.

Auf welchen Flug würden Sie nie verzichten?

Ich finde es sehr wichtig, dass Menschen die Gelegenheit haben, andere Teile der Welt kennen zu lernen. Wenn ihnen dann vorgeworfen wird, dass sie dafür in ein Flugzeug steigen und CO₂-Emissionen erzeugen, finde ich das eine falsche Prioritätensetzung. Das möchte ich auch weiterhin tun. Kurzstreckenflüge, etwa für eintägige Geschäftsreisen, halte ich für nicht mehr zu rechtfertigen, auch wenn ich in der Vergangenheit in seltenen Fällen solche Reisen selbst unternommen habe. Das tue ich nicht mehr.

Wer in der Energie- und Klimawelt hat Sie beeindruckt?

Mich beeindruckt diejenigen, die neue Perspektiven auf Energie- und Klimafragen ermöglichen. Zum Beispiel haben bereits im Jahr 1991 Anil Agarwal und Sunita Narain vom Center for Science and Environment in Neu Delhi einen Bericht mit dem Titel „Global Warming in an Unequal World“ veröffentlicht. Darin fordern sie eine Unterscheidung zwischen „Luxusemissionen“ und „Subsistenzemissionen“, also eine Anerkennung des Umstands, dass Treibhausgase physikalisch gesehen zwar alle zur Erderwärmung beitragen, sich aber aufgrund ihrer Geschichte unterscheiden. Ihre rhetorische Frage lautet: Kann man wirklich die Emissionen eines spritfressenden Autos, das einer wohlhabenden Person gehört, mit den Emissionen vergleichen, die ein westbengalischer oder thailändischer Bauer erzeugt, wenn er Rinder hält oder ein Reisfeld bestellt? In Energiefragen empfehle ich Timothy Mitchells Buch „Carbon Democracy“, das die Ursprünge unserer gegenwärtigen, auf fossilen Brennstoffen basierenden globalen Ökonomie beleuchtet.

Welche Idee gibt der Energiewende neuen Schwung?

Im Rahmen des European Green Deal wird insbesondere der Offshore-Energie eine wichtige Rolle zugesprochen, wobei neben äußerst leistungsstarken Offshore-Windenergieparks auch neuartige Wellenkraftwerke zum Einsatz kommen sollen. Das ist ein vielversprechender Ansatz.

Background Stellenanzeigen

adelphi – (Senior) Manager International Energy (m/w/d) im Bereich Energie (Vollzeit)

Zur Verstärkung unseres Teams suchen wir eine/n effektive/n (Senior) Manager/in mit mehrjähriger Erfahrung in der Leitung komplexer internationaler Projekte und mit sehr guten Kenntnissen der internationalen Energiewende-Debatten. In Zusammenarbeit mit unserem erfahrenen Team und mit unseren Unterauftragnehmern in den Partnerländern und in Deutschland soll die Ko-Leitung des Projekts Nordamerika übernommen und bei den Vorhaben zu den anderen Ländern mitgewirkt werden.

Karrierestufe/Profil sowie Tätigkeitsbereich/Aufgabe insgesamt:

Ko-Leitung eines mehrjährigen Vorhabens in Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie zur Unterstützung des energiepolitischen Dialogs der Bundesregierung mit USA und Kanada. Dabei selbständiger Umgang mit Auftraggebern, Unterauftragnehmern, Partnerorganisationen sowie mit Regierungsbehörden, Unternehmen, Wissenschaft und Zivilgesellschaft aus Deutschland und aus den Partnerländern. Budgetverantwortung, Qualitätssicherungs- und Monitoringaufgaben sowie eigenständige Berichterstattung gegenüber Auftraggebern. Personalverantwortung. Inhaltliche Gestaltung und Durchführung von Dialogveranstaltungen (Workshops, Konferenzen). Ausarbeitung von Briefings, Kurzzusammenstellungen und Studien zu Energiepolitik in den Partnerländern und der Zusammenarbeit mit Deutschland. Mittelfristig eigenständige Entwicklung von und Teilnahme an weiteren Projekten zur internationalen und nationalen Energiewende. Weiterentwicklung des Themenbereiches internationaler Energiewende in Zusammenarbeit mit dem wachsenden adelphi-Team.

Einsatzort: Berlin

[Mehr erfahren](#)

Social Media, Content & Community Manager

Der Bundesverband Erneuerbare Energie e.V. sucht ab sofort eine/n Social Media, Content & Community Manager (w/m/d) mit hervorragenden Kenntnissen zu gängigen Social Media Plattformen und einem Verständnis für politische, wirtschaftliche und ökologische Zusammenhänge.

Ihr Profil: Sie haben gute Kenntnisse im Umgang mit Grafikprogrammen, mit Werkzeugen zur crossmedialen Verbreitung von Content sowie ein grundlegendes Verständnis bzgl. Erneuerbarer Energien und den Wandel der Energiesysteme. Sehr gute Englischkenntnisse, eine eigenverantwortliche, strukturierte und teamorientierte Arbeitsweise sowie hohe Einsatzbereitschaft in Verbindung mit einem kommunikativen Auftreten runden Ihr Profil ab.

Ihr Tätigkeitsbereich: Ihre Aufgaben beim BEE umfassen u.a. die Verfolgung eines Kommunikationsplans inkl. Strategie und Timing von Content, das Erstellen von Redaktionsplänen, die Betreuung von Social Media Konten sowie die Analyse und Auswertung der Darstellung in den Medien sowie die Pflege und den Ausbau unseres globalen Netzwerks an Partnerinstitutionen.

Unser Standort: Eine Vollzeit-Stelle (40 Wochenstunden) in neuen modernen Büroräumen auf dem EUREF- Campus in Berlin-Schöneberg.

[Mehr erfahren](#)

Referent (w/m/d) für Kommunikation

Der Bundesverband Erneuerbare Energie e.V. sucht ab sofort eine/n Referenten für Kommunikation (w/m/d) mit einem sicheren Gespür für zielgruppengerichtete Kommunikation und einem Verständnis für politische, wirtschaftliche und ökologische Zusammenhänge.

Ihre Karrierestufe: Sie haben ein abgeschlossenes Studium (z.B. der Politik- oder Kommunikationswissenschaft), sowie Interesse an energiepolitischen Themen im Zusammenhang mit kreativen und gestalterischen Aufgaben. Sie haben Freude am Verfassen von Texten und arbeiten sicher mit Grafik-, Layout- und Bildbearbeitungsprogrammen sowie mit allen MS Office-Programmen.

Ihr Tätigkeitsbereich: Sie unterstützen den BEE u.a. durch die Umsetzung von Kommunikationskampagnen und Veranstaltungsformaten, der Leitung von Gremien, der Planung und Betreuung von Social-Media-Kanälen sowie der Konzeption und Erstellung von Print- und Digitalmedien. Sie unterstützen die Mitgliedsunternehmen hinsichtlich deren Öffentlichkeitsarbeit, betreuen die Webseite und unterstützen bei der Pressearbeit.

Unser Standort: Eine Vollzeit-Stelle (40 Wochenstunden) in neuen modernen Büroräumen auf dem EUREF- Campus in Berlin-Schöneberg.

[Mehr erfahren](#)

acatech – Deutsche Akademie der Technikwissenschaften sucht zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine Teamleitung wissenschaftsbasierte Politikberatung (m/w/d) für das Projektvorhaben „H2-Kompass – Werkzeug zur Erstellung einer Roadmap für eine deutsche Wasserstoffwirtschaft“ (EG 15)

Tätigkeitsbereich: Die Nationale Wasserstoffstrategie der Bundesregierung sieht die Erstellung einer Wasserstoff-Roadmap vor. Mit dem Projektvorhaben will acatech gemeinsam mit einem Kooperationspartner einen wesentlichen Beitrag zur Erstellung der Roadmap für eine deutsche Wasserstoffwirtschaft leisten. Das Projekt entwickelt in einem transparenten, wissenschaftsbasierten Prozess Handlungsoptionen, verknüpft diese mit konkreten Anwendungsszenarien und benennt die jeweiligen Vor- und Nachteile, die mit diesen Optionen verbunden sind.

Standort: Berlin (Möglichkeit zum Mobilen Arbeiten)

[Mehr erfahren](#)

Das Mercator Research Institute on Global Commons and Climate Change (MCC) sucht eine/n wissenschaftlichen Referenten/in für den Expertenrat für Klimafragen

Karrierestufe: sehr guter Hochschulabschluss in relevanter Disziplin (bspw. Klimapolitik, Klimaökonomie oder Energiesystemforschung); Berufserfahrung zu Treibhausgasemissionen und deren Minderung sowie im Bezug zu den Aufgaben des Expertenrats für Klimafragen; Erfahrung und Kenntnisse in der Energiesystem-Modellierung und/oder Datenanalyse; Ausgeprägte Kommunikations- und Organisationsfähigkeit; Sehr gute Kenntnisse der deutschen und europäischen Klima- und energiepolitischen Debatte

Tätigkeitsbereich: Durchführung von Datenanalysen zu Treibhausgasemissionen; Prüfung und Bewertung von durch das Umweltbundesamt erstellten jährlichen Schätzungen der Treibhausgasemissionen; Durchführung von ex-post- und ex-ante-Analysen zur Entwicklung von Treibhausgasemissionen; Identifikation, Sichtung und Zusammenfassung relevanter wissenschaftlicher Veröffentlichungen; Erstellung von Entwurfsvorlagen für Berichte und Stellungnahmen des Expertenrats für Klimafragen

Standort: Berlin

[Mehr erfahren](#)

Das Mercator Research Institute on Global Commons and Climate Change (MCC) sucht eine/n Mitarbeiter/in der Policy Unit für die Betreuung der Bürgerdialoge

Tätigkeitsbereich: Eigenständige Betreuung der Arbeitspakete Verkehrswende und Stromwende innerhalb der Policy Unit im Verbundprojekt „Ariadne“; Integration der verschiedenen qualitativen und quantitativen Arbeiten zu Bürgerperspektiven und Vernetzung dieser Arbeiten mit weiteren Dialogformaten mit Entscheidungsträger/innen aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft; Eigenverantwortliche Konzeption, Vorbereitung und Durchführung von Dialogformaten; Konzeption und Koordination des Schreibprozesses für Hintergrund- und Positionspapier; Mitarbeit an unterstützenden digitalen Formaten; Beiträge zu begleitender Öffentlichkeitsarbeit

Karrierestufe: sehr guter Hochschulabschluss; Nachgewiesene relevante Berufserfahrung im Projektmanagement mit Bezug zu den thematischen Schwerpunkten; Ausgeprägte Kommunikations- und Organisationsfähigkeit; Erfahrung in der Durchführung von Veranstaltungen mit Wissenschaftler/innen und Stakeholdern sowie Moderationserfahrung; Erfahrung im Verfassen und Editieren wissenschaftsbasierter Texte für ein breites, nicht-wissenschaftliches Publikum; Gute Kenntnisse der deutschen und europäischen Klima- und energiepolitischen Debatte

Standort: Berlin

[Mehr erfahren](#)

Die Stiftung 2° - Deutsche Unternehmer für Klimaschutz sucht zum nächstmöglichen Zeitpunkt (bzw. 1.09.2021) eine:n (Junior) Referent:in für klimaneutrale Wirtschaft in Europa und international

Tätigkeitsbereich: Monitoring und Analyse klima- und industriepolitischer Entwicklungen auf europäischer – und internationaler Ebene; Erarbeitung von Positionen und Stellungnahmen; Planung, Vorbereitung und Nachbereitung von Sitzungen und Workshops; Teilnahme an Veranstaltungen in Europa (z.B. Brüssel) und international (z.B. UNFCCC); Unterstützung bei der Portfolio Entwicklung; Weitere Aufgaben nach Absprache im Team

Karrierestufe: Sehr gute Kenntnisse der europäischen und internationalen Klima- und Industriepolitik; Erfahrungen in der Steuerung/Durchführung von Projekten und in der Konzeption und Umsetzung von Veranstaltungsformaten; Schnelle Auffassungsgabe komplexer Themengebiete sowie die Fähigkeit, prägnant und zielgruppengerecht zu kommunizieren; Verhandlungssicheres Englisch in Wort und Schrift, weitere Sprachkenntnisse sind von Vorteil; Abgeschlossenes Studium der Wirtschafts- oder Politikwissenschaften bzw. ein vergleichbares Studium; Mindestens 3 Jahre relevante berufliche Erfahrung an der Schnittstelle von Politik und Wirtschaft im europäischen und internationalen Kontext

Standort: Berlin

[Mehr erfahren](#)



Peter Crain   

Susanne Ehlerding   

Nora Marie Zarella  

Jakob Schlandt  

Florence Schulz  

Steven Hanke   

Christian Schaudwet  

- Fotoinweise -
IASS (Stefan Schäfer)

Der Tagesspiegel Background Energie & Klima erscheint täglich als E-Mail-Briefing um 6 Uhr. Alle Artikel und weitere Entscheider-Briefings finden Sie auf unserem Portal unter background.tagesspiegel.de.

- IMPRESSUM -

Verlag Der Tagesspiegel GmbH, Askanischer Platz 3, 10963 Berlin
Geschäftsführer: Farhad Khalil, Ulrike Teschke
Chefredakteure, v.i.S. von § 18 Abs. 2 MStV: Lorenz Maroldt, Mathias Müller von Blumencron, Christian Tretbar
AG Charlottenburg HRB 43850, UID: DE 151725755, Fax: (030) 29021-599
Redaktion: Jakob Schlandt (Leitung), Peter Crain, Susanne Ehlerding, Steven Hanke, Christian Schaudwet, Florence Schulz, Nora Marie Zarella
Fragen zu redaktionellen Inhalten, zum Datenschutz & technischen Problemen: background.energie@tagesspiegel.de
Fragen zu Anzeigen: anzeigen@tagesspiegel.de
Fragen zum Abonnement: background.service@tagesspiegel.de
[DATENSCHUTZ](#) | [KONTAKT](#) | [IMPRESSUM](#)

Sie wollen das Background-Briefing nicht mehr erhalten?
Einfach hier klicken: [Briefing_abbestellen](#)